

LIEBE KOLLEGIN, LIEBER KOLLEGE!



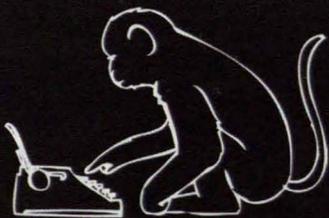
Ziemlich genau ein Jahr ist es her, als die österreichischen Universitäten die größten Studierendenproteste der Nachkriegszeit erlebten. Seitdem hat sich viel getan – oder etwa doch nicht?

Text: **Andreas, Stefan, Josef;** Vorsitzteam

Einige Tage nach Ausbruch der Proteste wurde bekannt, dass sich der damalige Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Johannes Hahn mit Jänner 2010 nach Brüssel verabschiedet. Wieder einige Tage später öffnete Hahn als Noch-Minister seinen „Notfalltopf“, um mit 34 Millionen Euro die schlimmsten Probleme notdürftig zu bekämpfen. Es wurden Forderungen nach grundlegenden Reformen, gepaart mit erheblich mehr Geld für die chronisch unterfinanzierten Universitäten laut. Der Hochschuldialog wurde seitens des Ministeriums ins Leben gerufen, um Lösungen für die Probleme im Hochschulbereich zu erarbeiten (in Wahrheit eine reine Alibi-Aktion). Nun, wir schreiben den Herbst 2010, und offenbar hat sich doch nicht soviel getan, denn erneut regt sich Widerstand. Nur dieses Mal ist dieser erheblich breiter formiert als noch vor einem

Jahr. Rektoren, Bedienstete und Studierende zeigen Seite an Seite auf, dass es so nicht mehr weitergehen kann. Und spätestens seitdem bekannt ist, dass die neue Bundesministerin Beatrix Karl den Universitäten für 2013 bis 2015 bestenfalls das nominell gleiche Budget wie für 2010 bis 2012 zur Verfügung stellen wird, ist allen klar, dass es die Universitäten wirklich hart treffen wird. Denn in Wahrheit bedeutet das eine Kürzung um rund 10%, da Faktoren wie Inflation und Kollektivvertrag nicht vor den Universitäten halt machen werden. Das wiederum würde bedeuten, dass die TU Graz beispielsweise rund 10 Millionen Euro pro Jahr sparen muss. Wie will man aber so viel einsparen? Nun, ein wenig hier und ein wenig da einzusparen ist nicht möglich, da dieses Verfahren bereits so ausführlich genutzt wurde, dass es schon jetzt ein Drahtseilakt ist, die Lehre für das heurige Jahr zu finanzieren. Von diesem Niveau aus nochmals 10 Millionen Euro jährlich einzusparen ginge nur dann, wenn man ganze Institute und Studienrichtungen ersatzlos streicht, und zwar nicht erst 2013, sondern schon morgen. Wie solche Streichungen mit der MINT-Offensive (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) des Ministeriums zu vereinbaren sind, ist schwer zu sagen – in Wahrheit nämlich ganz einfach gar nicht. Auch sind Zugangsbeschränkungen zumindest im MINT-Bereich (und somit an der TU Graz) genauso unangebracht, da es ja

stets heißt, dass wir viel mehr Leute in diesem Bereich benötigen. Also brauchen die Universitäten schlicht und ergreifend mehr Geld, woher auch immer dieses kommen mag. In diesem Zusammenhang fallen immer wieder Studiengebühren, die das Loch in der Höhe von zumindest 300 Millionen Euro stopfen sollen. Nur: Um Einnahmen von 300 Millionen Euro Studiengebühren pro Jahr zu erzielen, müssten diese mindestens 1.000 Euro pro Semester betragen! Und ob angesichts der derzeit vorherrschenden Bedingungen an unseren Universitäten dermaßen hohe Studiengebühren zu rechtfertigen sind, möge jede und jeder selbst entscheiden. Vor allem, wenn man bedenkt, dass die Studiengebühren damals unter jenem Argument eingeführt wurden, dass diese die Zustände an den Universitäten verbessern sollen, was sie nachweislich in keinsten Art und Weise getan haben, da man den Universitäten im Gegenzug das Budget in etwa dem Ausmaß gekürzt hat, das sie an Studiengebühren einnahmen. In Summe muss die Politik Farbe bekennen: Will sie, dass Österreich ein Land ist, in dem die universitäre Ausbildung auf einem international vergleichbaren Niveau stattfindet oder will man im hochschulpolitischen Nirvana verschwinden? Andere Länder wie Deutschland machen es vor: Generell Sparen, nur in keinem Fall an der Bildung, der Ressource unserer Zukunft (die riesengroßen Öl- und Gasvorkommen werden bei uns wohl kaum zu finden sein). Denn ganz unabhängig von jeglicher politischer Einstellung: Rein wirtschaftlich ist die Ausbildung von Akademikerinnen und Akademikern für den Staat ein äußerst lukratives Geschäft und verdient über höhere Steuereinnahmen gutes Geld daran! In diesem Sinne wünschen wir euch viel Spaß beim Lesen!



VORWORT DER REDAKTION

Es ist Donnerstag, später Nachmittag. Die letzten Sonnenstrahlen schmiegen sich unter strahlend blauem Himmel an die alten Dächer der Stadt und tauchen diese in

ein warmes Rot. Ein paar Stockwerke darunter und weniger friedlich: Staubige Straßen, schnelle Schritte, Studierende im Stress. Das Semester hat vor einiger Zeit wieder begonnen und Hektik in die Stadt gebracht. Auf schmalen Gehsteigen tummeln sich die Hoffnungsträger der Zukunft, während sich in den engen Straßen rund um die Universitäten bei all jenen, die im Stadtverkehr oft gar nur im Schrittempo weiter kommen, die Hoffnung langsam verabschiedet. Da quietschen die Reifen, wenn ein Fußgänger eine Lücke, die sich aufgetan hat, schneller erspürt hat als ein Autofahrer. Da beflegt ein Radfahrer eine junge Dame aufs Wüsteste, weil sie sich erdreistet, ihm, mit

dem Handy am Ohr, den Vorrang zu nehmen. Da weiß einfach jeder, bei aller Hast und Hürtigkeit: Es ist Leben in die Stadt zurückgekehrt – und gerade dieses Leben macht Graz für uns Studierende erst lebenswert. Übrigens: Wie zum Hohn fällt dem Grazer Becken in diesen Tagen nicht bloß Smog, sondern auch von einem Landesrat für Verkehr und Umwelt(!) zur Last, dessen fadenscheiniger Hang zum Opportunismus das winterlich-triste Staubgrau nicht aufhellen wird. Auch wenn in diesem Magazin allgemeinpolitische Themen, vor allem auf Landesebene, eher absent sind, sollte es uns als Studierenden nicht egal sein, wie es um unseren Lebensraum bestellt ist. In Anlehnung an den letzten Herbst meinen wir: Die Stadt gehört uns!

Kontakt:
Referat für Informations- und Öffentlichkeitsarbeit
HochschulInnenenschaft der TU Graz
Rechbauerstraße 12
8010 Graz
presse@htu.tugraz.at